

Der Ölkrieg - Die geo-politischen Motive der amerikanischen Irak-Politik

Von Felix Kolb

Ob der drohende Krieg gegen den Irak „A War for Oil?“ ist, fragt sich nicht nur die New York Times vom 5.1.2003. Seit die Bush-Administration letzten August begonnen hat, die Welt auf einen Angriff gegen den Irak einzuschwören, werfen immer mehr politische Kommentare diese Frage auf. Während die Auffassung, dass es beim Irak-Konflikt vor allem um Öl geht, am Anfang ausschließlich von GegnerInnen eines Krieges vertreten wurde, wird sie in modifizierter Form mittlerweile auch von BefürworterInnen eines Krieges geteilt. Zu diesen gehört auch der New York Times-Kommentator Thomas L. Friedman: "In jedem Krieg, den wir gegen den Irak starten, wird es definitiv auch um Öl gehen. Dies zu verleugnen ist lächerlich." Anders als GegnerInnen des Krieges findet es Friedman aber nicht grundsätzlich moralisch verwerflich, wenn die USA und ihre Verbündeten militärisch versuchen, das irakische Öl unter ihre direkte Kontrolle zu bekommen.

So intuitiv einleuchtend als zentraler Kriegsgrund der Wunsch der USA erscheinen mag, das irakische Öl Saddam Husseins Kontrolle zu entziehen, ist dieser Wunsch doch nur ein Teil einer viel komplexeren Motivation der Bush-Administration. Um nicht missverstanden zu werden – die offiziellen Gründe, die von den USA und seinen wenigen Verbündeten für einen Irak-Krieg vorgebracht werden, können mit Leichtigkeit zurückgewiesen werden. Dass der Irak Kontakte zu Al Quaida hat oder sogar am 11. September beteiligt war, glauben Dank der Lügen der Bush-Administration zwar viele Amerikaner, ist aber frei erfunden. Selbst der amerikanische Geheimdienst CIA hat eingestehen müssen, diese Behauptung nicht einmal mit Indizien geschweige denn mit Beweisen unterfüttern zu können. Als sei es die Schuld der CIA, wurde die Behörde deshalb von den Hardlinern im Pentagon öffentlich gerügt. Ein weiteres Argument ist, dass der Irak eine akute Gefahr für die Sicherheit der USA und andere Golfstaaten darstellt. Selbst wenn der Irak noch Massenvernichtungswaffen besitzen sollte – wofür die Uno-Waffeninspektoren bislang keine Beweise finden konnten – und über die geeigneten Trägersysteme verfügen würde, die er definitiv nicht hat – ist nicht davon auszugehen, dass der Irak die USA oder seine Nachbarstaaten angreifen würde. Saddam Hussein ist ohne Frage ein brutaler Diktator, der aber entgegen der Propaganda sehr rational handelt. Seine oberste Prämisse ist dabei der Erhalt seines Unterdrückungsregimes. Ihm ist völlig klar, dass eine Aggression gegen die USA oder einen anderen Staat oder gar die Unterstützung von terroristischen Gruppen mit Sicherheit einen Krieg und damit das Ende seiner Herrschaft mit sich bringen würde. D.h., selbst wenn die Waffeninspektoren doch noch fündig werden sollten, ist dies kein ausreichender Grund für einen Angriffskrieg gegen den Irak. Was aber kann die an Besessenheit grenzende Entschlossenheit der Bush-Regierung, in einen Krieg gegen den Irak zu ziehen, erklären? Im folgenden vier zusammenhängende Antworten auf diese Frage:

1. Der Irak ist mit 115 Milliarden Barrel nachgewiesener Öl-Reserven nach Saudi-Arabien mit 256 Milliarden Barrel das Land mit dem größten Erdölvorkommen. Da diese Schätzungen aber in die 70er Jahre zurückdatieren, vermuten Experten, dass im Irak noch bisher unentdeckte Ölfelder existieren und der Irak u.U. über bis zu 250 Milliarden Barrel Öl verfügt. Wenn es den USA gelingen sollte, nach einem Krieg im Irak ein USA-freundliches Regime zu installieren, könnte der Irak mit Hilfe von massiven Investitionen in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren immense Förderkapazitäten aufbauen. Damit würde nicht nur der weiterhin steigenden Nachfrage nach Öl genüge getan, sondern damit wäre auch die theoretische Grundlage dafür geschaffen, die Macht der OPEC zu brechen. Die OPEC, das Kartell Erdöl exportierender Länder, kann derzeit sehr zum Verdruss der USA und westlicher Ölkonzerne den Weltmarktpreis für Öl maßgeblich bestimmen.

2. Saudi-Arabien ist seit 1947 der wichtigste Verbündete der USA in der Golf-Region. Über 50 Jahre lang hat dieses Bündnis auf der Basis des Deals militärische Sicherheit für die Versorgung mit billigem Öl im Wesentlichen gut funktioniert. Selbst innerhalb der OPEC hat Saudi-Arabien oft durch die Steigerung seiner Produktion für einen stabilen Ölpreis gesorgt. Doch seit dem 11. September sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern erheblich belastet. 15 der 19 Attentäter waren saudische Staatsbürger. Zudem werden saudische Stiftungen als die zentralen Financiers des Al Quaida-Netzwerkes vermutet. In den letzten Monaten haben die Spannungen weiter zugenommen, weil Saudi-Arabien den USA die Nutzung der Prinz Sultan-Airbase für den Irak-Krieg verweigert. Wegen ihrer Abhängigkeit vom saudischen Öl haben die USA bisher zwar davon abgesehen, das Regime stärker unter Druck zu setzen. Ein USA-freundliches Regime im Irak könnte aber Saudi-Arabien in doppelter Hinsicht ablösen: *Erstens*, dank seiner riesigen Ölvorkommen als Garant für einen relativ stabilen Weltmarktpreis von Öl und als Vehikel die Macht der OPEC zu brechen; *zweitens*, als wichtigster militärischer Stützpunkt in der Region. Zudem stünde dann der Forderung konservativer Politiker in den USA, Saudi-Arabien in die Liste der „Schurkenstaaten“ aufzunehmen, kein Hindernis mehr im Weg.
3. Der Irak ist nicht das einzige Land im Mittleren Osten, mit denen die USA auf Kriegsfuß stehen. Iran und Syrien sind zwei weitere sogenannte Schurkenstaaten, wobei der Iran sogar zu Bushs „Achse des Bösen“ gehört. Für die militärische Eindämmung oder gar Kriege gegen Syrien und den Iran ist der Irak aufgrund seiner direkten Nachbarschaft zu beiden Ländern optimal geeignet. Insbesondere im Hinblick auf den Iran gibt es Indizien, dass die Bush-Administration mit einem solchen Gedanken spielt. Letzten November besuchte der israelische Premierminister Ariel Scharon London. Auf einer Pressekonferenz forderte er, dass am Tag des Endes des Krieges gegen den Irak der Iran anzugreifen sei. Im Gegensatz zum Irak unterstützt der Iran die libanesische Hisbollah, die Israel und die USA als eine terroristische Organisation bezeichnen. Nicht nur in dieser Hinsicht entspricht der Iran viel mehr den Kriterien eines „Schurkenstaats“ als der Irak. Der Iran verfügt über Kurz- und Mittelstreckenraketen, wahrscheinlich über chemische und biologische Waffen und betreibt ein Atomprogramm – wenn bislang auch keine Beweise für eine militärische Ausrichtung vorliegen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass vor kurzem bekannt wurde, dass die USA im Süden Afghanistans befestigte Luftwaffenstützpunkte einrichten, die militärisch nur in einem Krieg gegen den Iran Sinn machen.
4. Öl ist der zentrale Rohstoff unseres fossilen Industriezeitalters und es wird vermutlich noch Jahrzehnte dauern, bis sich das ändert. Insbesondere China ist mittel- und langfristig auf wachsende Importe von Öl angewiesen, um seine Industrialisierung weiter voranzutreiben. Seit 1993 ist China Netto-Ölimporteur. Es importiert z.Z. 600.000 Barrel am Tag mit geschätzten 3 Millionen Barrel im Jahre 2021. Zugleich betrachten die USA China mittelfristig als möglichen ökonomischen und militärischen Herausforderer. Mit der Eroberung des Irak würden die USA ihre Vormachtstellung in der Golfregion weiter ausbauen und damit auch ihren Einfluss auf die immensen Öl-Reserven. In dem Maße wie Chinas Bedarf an Erdöl steigt, wird dieser Einfluss zu einer mächtigen Waffe in möglichen ökonomischen und militärischen Konflikten mit China.

Wie diese Argumente verdeutlichen, geht es beim Irak-Konflikt in der Tat vor allem um Öl und gleichzeitig um weit mehr als um Öl. Es geht um die mittelfristige Sicherung der militärischen und ökonomischen Vormachtstellung der USA, wie diese von den USA selbst in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie formuliert wurde.

Allerdings wäre es zu einfach, den Schwarzen Peter allein den USA zuzuschieben. Ganz egal, ob sich Deutschland letztlich aktiv am Krieg beteiligen wird oder nicht, einen Angriff im Sicherheitsrat absegnet oder nicht, Deutschland wird, wie andere europäische Staaten – in jedem Fall auch Nutznießer dieses Krieges sein, falls das oben skizzierte Kalkül der US-Regierung aufgehen sollte. Denn auch wir profitieren von einem mittelfristig stabilen Ölpreis auf niedrigem Niveau. Jeder einzelne Autofahrer ebenso wie unsere gesamte Ökonomie. Aus dieser Komplizenschaft leitet sich auch eine moralische Verpflichtung zu mehr als dem bloßen Widerstand gegen den Krieg ab. Kern jeder mittel- und langfristigen Strategie künftig militärische Konflikte in der Golf-Region zu vermeiden, muss es sein, unsere strukturelle Abhängigkeit vom Öl drastisch zu reduzieren. Dieser Zusammenhang zwischen Krieg und Frieden auf der einen Seite und dem Einstieg in ein solares Zeitalter auf der anderen Seite bietet die optimale Grundlage für einen Brückenschlag zwischen der Friedens- und der Umweltbewegung. Bisher ist es in Deutschland - anders als in den USA - noch nicht zu einem Engagement der Umweltbewegung gegen den Irak-Krieg gekommen. Auch die globalisierungskritische Bewegung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass eine Energiewende überhaupt realisierbar wird. Denn ohne Frage würde eine so grundlegende Restrukturierung unserer Ökonomie vorübergehend Verlierer in wichtigen Sektoren der Wirtschaft erzeugen. Um den Widerstand dieser Sektoren überwinden zu können, müssen die betroffenen Menschen die Sicherheit haben, dass die Gesellschaft sie nicht vergisst und sie nicht zu dauerhaften VerliererInnen des Strukturwandels werden. Wie aber sollen öffentliche Beschäftigungsprogramme, Fort- und Weiterbildung etc. finanziert werden, wenn die neoliberale Ideologie eine hohe Staatsquote verteufelt, immer mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden und Unternehmen und wohlhabende Privatpersonen immer weniger Steuern bezahlen müssen. Die Attac-Kampagnen zu GATS, Steuerflucht und den sozialen Sicherungssystemen haben deshalb weit mehr mit Krieg und Frieden zu tun als dies auf den ersten Blick erscheinen mag.

Felix Kolb, Politikwissenschaftler, zur Zeit Visiting Scholar am Institute for European Studies an der Cornell University/USA

Eine Email-Liste mit täglichen Hintergrundinformationen zur US-Außenpolitik kann unter <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/us-war-on-terrorism> abonniert werden.